

Pressemitteilung

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* veröffentlicht ihr

MEMORANDUM 2017

Statt „Germany first“: Alternativen für ein solidarisches Europa

Pressemitteilung:

Die Europäische Union steht am Scheideweg. Die Ursache liegt an einer seit mindestens 20 Jahren verschärften neoliberalen Umverteilungspolitik zu den Kapitaleinkünften. Überall, am extremsten in Deutschland, hielt die reale Lohnentwicklung mit der Produktivitätssteigerung nicht schritt. „Die Massenarbeitslosigkeit wurde in Europa nicht beseitigt, sondern verschärft und die die Arbeit haben, davon sind in Europa millionenfach nur prekär Beschäftigte“, stellt *Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup* fest. Die Armutsquoten steigen in allen Ländern und die Rentensysteme sind nicht mehr sicher. Dafür zocken die Reichen an den Kapitalmärkten weiter, als hätte es nie eine Finanz- und Bankenkrise gegeben. Jetzt wundert sich die herrschende und regierende Politikklasse in Europa über den Zuwachs der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* wundert sich dagegen mehr über den Tatbestand, dass nach so langer Zeit neoliberal praktizierter Wirtschaftspolitik in Europa erst heute verstärkt die schwerwiegenden politischen Verwerfungen einsetzen. Der durch und durch neoliberale Franzose und Präsidentschaftskandidat Emmanuel Macron wird jetzt in skurriler Weise von dem politisch herrschenden Krisenverursacher geradezu als ein „europäischer Heilsbringer“ bei der Stichwahl in Frankreich gegen die rechtsextreme Le Pen herbeigesehnt. Welch ein politischer Niedergang und welch ein politisches Trauerspiel, dass es so weit kommen konnte.

Doch die desaströsen Folgen der neoliberalen europäischen Politik ändern nichts an der Tatsache: Wir brauchen eine Europäische Union – aber nicht in Form der neoliberalen EU von heute, sondern in Gestalt einer Gemeinschaft, die Herausforderungen zum gegenseitigen Vorteil lösen kann. *Prof. Dr. Mechthild Schrooten* hält dazu fest: „Der Nationalstaat ist nicht in der Lage, die globalen Probleme der Wirtschafts- und Finanzkrisen, des Klimawandels, der Sicherheitspolitik, der Migrationsbewegungen und des Terrorismus zu bewältigen. Die Welt braucht gerade nach dem Amtsantritt von Trump weniger Nationalstaat und mehr internationale Kooperation sowie internationale Organisationen wie die EU, um diese Aufgaben zu bewältigen.“

Auch die Auflösung der Eurozone bietet keine sinnvolle Perspektive. Für eine Rückkehr zu nationalen Währungen oder einem System anpassungsfähiger Wechselkurse (EWS II) werben die Anhängerinnen und Anhänger eines Euro-Ausstiegs vor allem mit zwei Argumenten: Die

Staaten könnten anschließend ihre Währungen abwerten und so ihre Leistungsbilanzposition wieder verbessern. Sie könnten dann auch wieder stärker eine eigenständige Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben. „Diese Argumente können jedoch nicht überzeugen“ konstatiert *Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup*: „Auch in einem System anpassungsfähiger Wechselkurse wird eine Abwertung nur dann die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes verbessern, wenn sie zu einer längerfristigen Reallohnsenkung führt und entsprechende Exportgüter produziert werden.“ Kommt es aber nach einer nominalen Abwertung zu einer Kette aus importierter Inflation und kompensatorischen Lohnsteigerungen, verschiebt sich das inländische Preisniveau schnell nach oben. Das aber macht schrittweise die abwertungsbedingte Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zunichte – und binnen Kurzem ergibt sich ein ähnlicher realer Wechselkurs wie vor der Abwertung. Eine Abwertung der Währung ist also nicht der sanfte, „schmerzfreie“ Weg, sondern es ist lediglich der „subtilere“, aber nicht weniger einschneidende Weg der Anpassung.

Dass Deutschland noch am besten durch die europäische Krise in den letzten Jahren kam, liegt überwiegend an den Exportüberschüssen, die andere Länder in die Verschuldung zwingt und dem daraus folgenden Export an deutscher Arbeitslosigkeit. Hochwertige Produkte, eine gesamtwirtschaftliche reale Lohnentwicklung unterhalb der Produktivitätsraten und der Aufbau verlängerter Werkbänke mit niedrigen Löhnen in Osteuropa waren die Erfolgsrezepte. „'Germany first' ist so seit Langem das implizite Motto der deutschen Wirtschaftspolitik“ stellt *Prof. Dr. Mechthild Schrooten* fest. Dies ist aber kein ökonomisch rationales Entwicklungsmodell für ein solidarisches Europa. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat dies schon immer gesagt. Jetzt stellt es selbst die neoliberal ausgerichtete EU-Kommission, die OECD und der IWF fest. Auch die US-Administration unter Obama und Trump kritisieren Deutschland zu Recht für seine aggressive Exportpolitik. Das einhellige Credo lautet: Die Bundesrepublik müsse endlich über mehr private und staatliche Investitionen und zumindest verteilungsneutrale Lohnsteigerungen die Binnennachfrage stärken, um so über wachsende Importe die Exportüberschüsse zu beschneiden. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert auch dies seit vielen Jahren ohne aber in der deutschen regierenden Politik Gehör gefunden zu haben.

Von der deutschen Politik erwartet die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* daher zum wiederholten Mal eine radikale Änderung ihres neoliberalen Kurses. Nicht Austeritätspolitik und eine „schwarze Null“ im Haushalt führen zu einer verbesserten Situation, sondern nur umfassende und zielorientierte Investitions- und Ausgabenprogramme lassen die Wirtschaft gesunden. Dies muss kurzfristig durch eine Staatsverschuldung und mittelfristig durch eine andere Steuerpolitik finanziert werden, die endlich die Vermögenden und Besserverdienenden höher belastet und die mittleren und unteren Einkommensbezieher entlastet. Der öffentliche Dienst darf nicht noch mehr schrumpfen, sondern muss auch im Duktus einer Revitalisierung des Sozialstaats ausgebaut werden“, fordert *Mechthild Schrooten*. Die nachwievor bestehende Massenarbeitslosigkeit und die prekären Beschäftigungsverhältnisse müssen durch neue Regulierungen auf den Arbeitsmärkten und durch eine kollektive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor bekämpft werden. Das Rentensystem ist wieder auf ein Umlagesystem umzustellen. „Die Riesterrente, mit ihrer Kapitaldeckung, hätte nie eingeführt werden dürfen“, sagt *Heinz-J. Bontrup*.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* legte erstmals im November 1975 (kurz nach Verabschiedung des 1. Haushaltsstrukturgesetzes, mit dem der Sozialabbau in der Bundesrepublik eingeleitet wurde) ein „Memorandum für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik“ vor. Seit 1977 wird in jedem Jahr in der Woche vor dem 1. Mai ein weiteres Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik veröffentlicht.

Mittlerweile gilt das Memorandum als „Gegengutachten“ zum jährlichen Gutachten des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (der sogenannten „fünf Weisen“).

Kontakt:

Gunter Quaißer, memorandum@t-online.de

Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup 0160 94 47 99 84 Prof. Dr. Mechthild Schrooten 0178 780 78 44